

Ratschlag für soziale Gerechtigkeit Erlangen

Das 71. Plenum des „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“ fordert die Geschäftsführung der Klinik-Service-Gesellschaft Erlangen (KSG) zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di über eine tarifliche Lösung des Arbeitskampfes bei der KSG auf. Wir fordern von der zuständigen Bayerischen Landesregierung, dass sie auf die Universitätsklinik (100 % im Landesbesitz) und deren mehrheitliche Tochter KSG einwirkt, einen Tarifvertrag zur Anpassung an den TV öffentlicher Dienst der Länder abzuschließen.

„Ohne die Arbeit der Beschäftigten der KSG funktioniert die Patientenversorgung am Uniklinikum Erlangen nicht.“ erklärte Ines Becker, Betriebsratsvorsitzende der KSG Erlangen. Im Sinn einer verantwortlichen Patientenversorgung muss eine Gleichbehandlung aller im Krankenhaus Beschäftigten gesichert werden.

Seit zweieinhalb Monaten dauert der Streik bei der KSG bereits an. Bislang verweigert die Geschäftsführung der KSG nicht nur Tarifverhandlungen, sondern jegliche Gespräche mit der Gewerkschaft ver.di. Die Tariffucht in den kostengünstigeren Reinigungstarifvertrag will die Belegschaft beenden. 81.1 % der ver.di Mitglieder haben für einen Streik gestimmt. Die Antwort der Geschäftsleitung war die Anheuerung einer bundesweit berühmten Union-Busting-Kanzlei, Schreiner & Partner mit dem Ziel, die eigenen Beschäftigten mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die in Folge bis in jüngste Zeit ausgesprochenen Kündigungen, Abmahnungen und Einschüchterungen der Mitarbeiter*innen sowie die Vielzahl von Schikanen gegenüber Streikenden und Nicht-Streikenden Beschäftigten der KSG sind ein sozialpolitischer Skandal. Die Erlanger Nachrichten und die überregionale Presse haben mehrfach darüber berichtet.

Der Behauptung der KSG-Geschäftsleitung, die Gewerkschaft ver.di sei nicht zuständig, sondern die Industrie-Gewerkschaft BAU, widerspricht auch die IG BAU. Nachdem die ver.di Kolleg*innen einen Arbeitskampf für die Anerkennung des Tarifvertrags der Länder beschlossen haben, hat die Gewerkschaft BAU die Zuständigkeit von ver.di anerkannt und die Unterstützung von ver.di im Tarifkampf beschlossen. Beides wurde in einer entsprechenden Erklärung öffentlich gemacht. Wider besseres Wissen behauptet die KSG auf ihrer Internetseite bis heute das Gegenteil (Stand 8.7.2024).

Leidtragende sind die Beschäftigten der KSG, die für die Aufrechterhaltung eines geordneten Klinikbetriebs unverzichtbar sind.

Dass es auch anders geht, hat die Servicegesellschaft der Universitätsklinik Regensburg gezeigt. Dort wurde eine grundsätzliche Einigung über die schrittweise Rückführung in den Tarifvertrag der Länder bis 2027 erzielt. Die Gleichbehandlung mit dem „Mutterhaus“ Universitätsklinik dient nicht zuletzt der zwingend erforderlichen Hygiene-Sicherung im Krankenhaus, die mit Dumpinglöhnen und Dumping-Arbeitsbedingungen auf Dauer nicht gesichert werden kann.

Was in Regensburg geht, muss auch in Erlangen möglich sein. Krankenhäuser müssen Orte des sozialen Miteinander sein.

Erlangen 10.07.2024

71. Plenum des „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“

<https://ratschlag-erlangen.de/>